

PRESSEERKLÄRUNG

Friedrich-Schiller-Universität Jena

StuRa

JENA, DEN 27. NOVEMBER 2014

Lob und Tadel zum Koalitionsvertrag – Kritik am Ressortzuschnitt

Der Studierendenrat der Friedrich-Schiller-Universität Jena äußert sich zu dem Ergebnis der Koalitionsverhandlungen von Rot-Rot-Grün.

Positiv wurde das Ansinnen aufgenommen, die Hochschule weiter zu demokratisieren und darüber hinaus in Zukunft alle Statusgruppen in hochschulpolitische Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen. Leider fehlt das Statement zu den Hochschulräten. „Die Hochschulräte werden vorwiegend mit Hochschulexternen besetzt, dadurch wird die Demokratie in der akademischen Selbstverwaltung untergraben“ kritisiert Malte Pannemann, Referent für Hochschulpolitik.

Die Koalition verspricht, keine Studiengebühren einzuführen. Dies ist aus studentischer Sicht als Schritt in die richtige Richtung zu werten. Trotzdem gibt es noch eine Reihe anderer Gebühren, die abgeschafft werden müssen, unter anderem Langzeitstudiengebühren, Gebühren für Weiterbildungsstudiengänge und Praktikumsgebühren.

Darüber hinaus kündigt die Koalition an, die Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen zu verbessern und einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte einzuführen. „Dieses Ansinnen ist äußerst begrüßenswert. In der letzten Legislaturperiode hatte eine Große Anfrage an die Landesregierung katastrophale Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen offenbart. Gut, dass jetzt gehandelt werden soll!“ meint Malte Pannemann dazu. „Auch die Vorhaben in Sachen Frauenförderung und Familienfreundlichkeit unterstützen wir sehr.“

Weiterhin lässt die Koalition verlautbaren, dass die frei werdenden BAföG-Mittel zukünftig im Bildungsbereich verbleiben. Darüber hinaus kündigten die Verhandlungsführerinnen und Verhandlungsführer an, dass die Bildung in der zukünftigen Regierung finanzielle Priorität genießen würde. „Der Personalabbau durch den in der letzten Legislaturperiode vereinbarten Struktur- und Entwicklungsplan ist bereits im Gange. Der StuRa erwartet, dass die Koalitionsparteien zügig handeln und das Ruder herum reißen.“ macht Malte Pannemann deutlich.

Scharfe Kritik äußerte der StuRa an den Ressortzuschnitten. Die Zuständigkeit für die Hochschulen soll künftig beim Wirtschaftsministerium liegen. „Das Prinzip der Wirtschaftlichkeit in der Forschung ist unvereinbar mit den Werten von humanistischer Bildung und Kultur.“ stellt Malte Pannemann klar. Im Koalitionsvertrag steht geschrieben, dass Forschung und Wissenschaft ebenso dazu dienen, die großen Zukunftsprobleme der Gesellschaft zu lösen. Doch dies kann nicht durch Forschungsprojekte, die auf kurzfristigen Profit abzielen, erreicht werden.

Studierendenrat

Referat für Hochschulpolitik

Franziska Pich
Malte Pannemann

Telefon:

03641 - 930 994

Telefax:

06341 - 930 992

E-Mail:

hochschulpolitik@stura.uni-jena.de

Adresse:

Carl-Zeiss-Straße 3
07743 Jena

**Für Rückfragen,
Bilder und weitere
Informationen stehen
wir gern zur
Verfügung!**



seit 1558